

Ein Blick hinter die Kulissen

Die Stellung der Stadtverwaltung und des Stadtrates zum Wiederaufbau der Leipziger Universitätskirche[1]

Eine Dokumentation von Manfred Wurlitzer

Eine verspätete Reaktion des Stadtrates

Zum Wiederaufbau der Leipziger Universitätskirche hatte der Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee in den Jahren von 1998 bis 2003 wiederholt Stellung genommen. Er war dabei stets bestrebt, das „gute Verhältnis zur Universität“ nicht zu trüben.

Unter seinem Amtsvorgänger Dr. Lehmann-Grube war er bereits zu Beginn der 90er Jahre für den Kontakt zur Universität zuständig und daher Mitglied im Vorstand der Vereinigung von Förderern und Freunden der Universität e.V. bzw. des Kuratoriums der Universität Leipzig. Man konnte fest damit rechnen, dass er zur Frage des Wiederaufbaus der Universitätskirche keine Meinung öffentlich vertreten würde, die grundlegend von der universitären abweicht. Die abwartende, eher ablehnende Haltung des Oberbürgermeisters zu diesem Thema war schon im Jahre 1998 aus seinem Geleitwort anlässlich der Errichtung der „Installation Paulinerkirche“ zum 30. Jahrestag der Sprengung abzulesen [1]:

„eine authentische Wiederherstellung des Zerstörten wäre nur um den Preis einer erneuten Zerstörung[2] möglich.“

Im Gegensatz zum Rektor der Leipziger Universität, der in massiver Weise immer wieder die Entfernung der „Installation“ nach Ablauf der ursprünglich festgelegten Frist von vier Monaten forderte [2], sprach sich Tiefensee für ihren Erhalt aus, denn auch die Mehrheit der Stadträte hatte sich öffentlich dazu bekannt [3]. Als dann im Frühjahr 2001 die Sächsische Landesregierung beträchtliche Gelder für den Umbau der innerstädtischen Einrichtungen der Universität am Augustusplatz zusagte [4] und ein Architektenwettbewerb vorbereitet wurde, nahm die Erwartung interessierter Bürger aus ganz Deutschland [5] und auch von Stadträten auf eine klare Stellungnahme des Oberbürgermeisters zu. Der Wille von mehreren Stadträten zur Beteiligung am Ausschreibungstext für den Wettbewerb kommt sowohl in den Kontakten zum Ausdruck, den die CDU-Stadtratsfraktion zur Universität pflegte [6], als auch durch die öffentliche Anfrage des Stadtrates Obser (DSU) an den Oberbürgermeister [7]. Stadtrat Obser forderte das Stadtoberhaupt auf,

„Einfluss auf den immer noch ausstehenden, demokratischen Disput um die bauliche Neugestaltung des alten Stammsitzes der Universität am Augustusplatz, der auch die Möglichkeit des Wiederaufbaus der Paulinerkirche einschließt, zu nehmen“.

In der ausführlichen Antwort des Beigeordneten Dr. Lütke Daldrup [8] wurde betont, dass das Dezernat Stadtentwicklung und Bau in ständigen Kontakt mit der Universität und dem Freistaat Sachsen bezüglich des fraglichen Themas stehe.

„Die Anstrengungen der Erinnerung an die Paulinerkirche hätten seit 1989 in der symbolischen Wiedererrichtung in Gestalt der Pauliner-Installation einen angemessenen Ausdruck gefunden. Eine authentische Wiederherstellung der zerstörten Kirche wäre nur als Kopie möglich, der es immer an einer echten Authentizität fehlen müsse.“

In dem folgenden Architektenwettbewerb sollten die Vorstellungen der Universität aufgenommen werden: eine Aula als geistiges Zentrum der Universität.

„Wichtig sei, dass das neue geistige Zentrum die historischen Baufluchten der Paulinerkirche respektiere und den Maßstab der Paulinerkirche aufnehme.“

Trotz dieser Antwort waren aber die Stadträte von der Mitarbeit am Auslobungstext des Architektenwettbewerbs ausgeschlossen. Nun war die Entscheidung unwiderruflich in die Hände der Jury gelegt, die von Architekten dominiert wurde. Politische Aspekte können in einem solchen Status keine Berücksichtigung mehr finden [9]. Der Start des Wettbewerbs mit den endgültig festgelegten Kriterien erfolgte am 3. September 2001. Zwei Tage danach fand eine Sondersitzung der Ratsversammlung zur Entwicklung der Hochschulen in Leipzig statt, auf der der Sächsische Wissenschaftsminister Meyer sowie die Rektoren der Universität und der HTWK, Bigl und Steinbock, als Ehrengäste sprachen [10]. Die Ausführungen konzentrierten sich ganz auf den angekündigten Stellenabbau an den Sächsischen Hochschulen und berührten den Umbau der Universität am Augustusplatz nur am Rande. Interessant ist, dass Stadtrat Billig in seiner Wortmeldung unbewusst die Ausschaltung des Stadtrates bei der Erstellung der Auslobung zum Ausdruck brachte:

„... man erwarte von der Universität und dem Freistaat, dass bei der Auslobung des Architektenwettbewerbs die Paulinerkirche unverzichtbarer Bestandteil der Ausschreibung sei.“

Genau dies war aber in der bereits in Umlauf gesetzten Ausschreibung eindeutig ausgeschlossen worden. Das bedeutete aber, dass die Stadtratsfraktionen in die Erarbeitung des geheim gehaltenen Auslobungstextes nicht einbezogen wurden bzw. bedeutete noch mehr: Sie hatten nicht einmal Kenntnis von diesem Dokument, bevor es den Architekten und somit der Öffentlichkeit zugeleitet wurde, so wie auch die Initiatoren des „Aufrufs an die Freunde der Paulinerkirche“ ebenfalls erst am Tage der Publikation Einblick erhielten. Staatsminister Meyer hatte dies ausdrücklich nicht zugelassen [11]. Im Gegensatz dazu war die Stadtverwaltung hinreichend und rechtzeitig unterrichtet worden.

Da der Wettbewerbstext einen Kirchenneubau unmissverständlich ausschloss, war die Hoffnung vieler Befürworter des Wiederaufbaus auf Unterstützung durch das Stadtoberhaupt ohne reale Basis, obwohl gerade viele Bürger katholischen (und auch evangelischen) Glaubens von Tiefensee erwarteten, dass er die Errichtung einer **Kirche** als Erinnerungsstätte befürworten würde [12].

Juristisch gesehen, kann die Stadt dem Eigentümer des Grundstücks der ehemaligen Paulinerkirche nicht vorschreiben, was gebaut wird. Sie hat aber die „Planungshoheit“, was beispielsweise besagt, dass sie erheblichen Einfluss auf die Gestaltung der Fassade ausüben kann. Das politische Vermächtnis, das im Jahre 1968 die Vorgänger im Amt des Oberbürgermeisters und der Stadträte den gegenwärtig amtierenden Erben überlassen haben, zwingt diese aber zu einem verantwortlichen Handeln, das vor der Geschichte Bestand hat. Eine klare Stellungnahme in der Öffentlichkeit ließ allerdings lange auf sich warten, obwohl die „Verwaltungsspitze“ und die Fraktionen des Stadtrates in den entscheidenden Jahren von 2001 bis 2003 ununterbrochen von vielen Bürgern zu einer offiziellen Äußerung gedrängt wurden. Auch die CDU-Fraktion hielt sich zunächst zurück, als ihre Mitglieder einzeln von einem Mitglied des Paulinervereins angeschrieben wurden [13], und die SPD-Fraktion war sogar auf der im August 2002 stattgefundenen öffentlichen Fraktionssitzung [14] auf eine Anfrage aus dem Auditorium noch nicht bereit, eine definitive Stellungnahme abzugeben. Dies sei erst nach Abschluss des Wettbewerbs möglich. Von einer angemessenen, ausführlichen Diskussion im Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau ist nichts bekannt. Letztlich erfolgte auf die Anfrage des Stadtrates Obser (DSU) in der entscheidenden Phase keine Reaktion. Auch die Stadtverwaltung erarbeitete keine dem Thema „Augustusplatz“ gewidmete Vorlage.

Der Aufruf der 27 Nobelpreisträger, der im Dezember 2001 von Professor Günter Blobel [15] an die Verantwortlichen für den Architektenwettbewerb gerichtet war, brachte bei der Leipziger CDU die Wende und veranlasste die Stadtratsfraktion der CDU und den CDU-Kreisverband Leipzig, ein klares Bekenntnis für den Wiederaufbau der Kirche abzulegen [16]. In dem gemeinsamen Beschluss heißt es:

„Die CDU Leipzig erwartet von Universität und Freistaat, daß im Zuge der Neugestaltung der Westseite des Augustusplatzes die Paulinerkirche wiedererrichtet wird. Damit dies geschehen kann, ist gegebenenfalls der Architektenwettbewerb neu auszuloben, wobei die Wiedererrichtung der Paulinerkirche unabdingbarer Bestandteil der Ausschreibung sein muß“.

Das bedeutete einen mutigen Schritt der Leipziger CDU, denn die Sächsische Staatsregierung unter Professor Biedenkopf hatte sich in einem offenen Brief der Staatsminister Meyer und de Maizière in unfreundlicher Weise zur Willensbekundung der Nobelpreisträger, deren Zahl inzwischen auf 28 angestiegen war, geäußert [17]. Mit dem Beschluss der Leipziger CDU war allerdings die Frage der Neugestaltung der

Westseite des Augustusplatzes auf eine lokale parteipolitische Ebene gehoben worden. Das setzte die politischen Gegner der CDU sowie die Landesregierung in Vollzugszwang. Bedauerlicherweise wurden seit dieser Zeit die zahlreichen öffentlichen Diskussionen um das sensible Thema von parteipolitischem, provinztädtischem Geist geprägt, obwohl das Thema geeignet ist, über spezielle tagespolitische Interessen hinweg zu vernünftigen Gesprächen zu kommen. Ein gutes Beispiel dafür stellt der Paulinerverein dar, dessen Mitglieder unterschiedlichsten Interessengruppen angehören (politisch unterschiedlich interessiert und engagiert, mit unterschiedlicher Weltanschauung) und die sich zu einem gemeinsamen Ziel zusammen fanden.

Der radikale Wechsel des Kabinetts in der Sächsischen Landesregierung im Sommer 2002 brachte Professor Milbradt als Sächsischen Ministerpräsidenten an die Spitze und ließ die Befürworter des Wiederaufbaus hoffen, dass die Blockadehaltung der Staatsregierung zum Wiederaufbau nicht mehr besteht. Tatsächlich korrigierte das neue Kabinett mit dem zum Ressort „Wissenschaft und Kunst“ gewechselten Staatsministers Dr. Matthias Röbber grundlegend den bis dahin vertretenen Standpunkt. Der am 28. Januar 2003 verkündete Kabinettsbeschluss zur Neugestaltung des Augustusplatzes [18] ließ keine Zweifel aufkommen, denn dort heißt es im ersten Satz:

„Das sächsische Kabinett hat heute beschlossen, den Wiederaufbau der Paulinerkirche am Leipziger Augustusplatz zu unterstützen“.

Das schlug in bestimmten Leipziger Kreisen wie eine Bombe ein. Während die CDU-Fraktion die Erfüllung ihres Beschlusses bereits sah und umgehend feierte, rüsteten die Gegner des Wiederaufbaus zu einer breit angelegten Gegenoffensive. Es wurden Studentendemonstrationen und Auftritte in den Medien organisiert, die darauf abzielten, der Landesregierung (die als Geldgeber für die grundlegende Neugestaltung der innerstädtischen Universitätsgebäude fungiert) eine unzulässige Verletzung der universitären Selbstbestimmung zu unterstellen. Bei den Medien fand diese einseitige Übertreibung gute Resonanz, etwa nach dem Motto: Skandale verkaufen sich immer gut. Dem Rektor und einigen Prorektoren war der Kabinettsbeschluss Grund genug, ihr Amt niederzulegen [19] und die Deutsche Rektorenkonferenz zu einer übereilten Stellungnahme gegen die Sächsische Staatsregierung [20] zu bewegen. Da die juristische Sachlage letztlich dem Eigentümer des Areals der ehemaligen Universitätskirche das Recht zubilligt, zu bestimmen, was gebaut wird, musste die Landesregierung, aber auch die Leipziger CDU, in den folgenden Wochen und Monaten ihre Beschlüsse modifizieren bzw. diese Beschlüsse in einer Weise deuten, dass ein Kompromiss möglich wird. Die Lösung des Problems sah man in dem Verzicht auf die Formulierung „originalgetreuer“ Wiederaufbau. Die Formulierung „originalgetreu“ war aber selbst vom Paulinerverein nie als geeignete Formulierung seiner Ziele benutzt worden, da der Ausdruck „originalgetreu“ die Vorstellung erweckt, der Verein würde darauf bestehen, einen „archäologischen“ Wiederaufbau zu fordern, was bedeuten würde, es sollten ausschließlich oder überwiegend Originalbausteine aus vorhandenen Trümmern Verwendung finden, etwa wie dies beim Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche geschah. Hier sei klar gestellt: Eine solche extreme Position hat der Paulinerverein nie vertreten. Im Falle der gezielt ausradierten Leipziger Universitätskirche ist ein solches Verfahren praktisch nicht vorstellbar, denn die Originalbausteine wurden nach der Sprengung im Zuge einer sorgfältig geplanten, geheimen Aktion in einer Sandgrube am Stadtrand von Leipzig vergraben und später mit einer mächtigen Bauschuttmasse, die von anderen Abbruchobjekten

transportiert wurde, zugeschüttet. In zahlreichen, kontrovers geführten Diskussionen wurde dem Verein permanent unterstellt, dass er den „originalgetreuer Wiederaufbau“ (als „archäologischen“ Aufbau) anstrebt. Der Paulinerverein hatte sich daher bemüht, irreführende Formulierungen für den Wiederaufbau aus den dargelegten Gründen vermeiden. So war bereits am 27. Juni 2001 in einer Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit eine unmissverständliche, satzungskonforme Definition des Vereinsziels beschlossen worden. Dieser Beschluss ist bis zum heutigen Tag nicht durch einen anderslautenden ersetzt worden. Sein Wortlaut lautet (in Stichworten):

- *Wiederaufbau der Architektur der Paulinerkirche und des Kreuzgangs im Zustand von 1968.*
- *Beton und Stahlträger, wo es notwendig ist, um heutige technische Vorgaben zu erfüllen.*
- *Materialien neu wie original unter Verwendung aller originalen Teile und Gegenstände, die 1968 in der Kirche waren (kleine Orgel, Altar, Bilder).*
- *Der Kirchenraum erfüllt ohne tiefgreifende Änderungen auch die Forderungen der Universität bezüglich einer Aula für akademische Festlichkeiten.*
- *Bestuhlung muss nicht Kirchengestühl sein.*
- *Schaffung eines Kellergeschosses, das Versorgungseinrichtungen, Toiletten für Besucher– und Künstlergarderoben enthält.*
- *Verbesserung der Raumsituation auf der Empore für Choraufführungen.*
- *Kreuzgang dient auch als Zugang vom Augustusplatz und quasi als Foyer, wie früher.*

Das heißt also: Aufbau nicht „archäologisch, aber soviel „Original“ wie möglich.

Staatsminister Rößler führte nach dem Eklat, den die Gegner des Wiederaufbaus herbeigeführt hatten, ein Gespräch zur Klärung der Standpunkte mit den offiziellen Leipziger Gremien [21], der Leipziger Universität und der Leipziger Stadtverwaltung. Wenige Tage später wurden Vertreter des Paulinervereins zu einer getrennten Besprechung eingeladen [22]. In einer Fragestunde des Sächsischen Landtags [23] am 28.02.2003 gab Dr. Rößler in einem ausführlichen Beitrag zur Kenntnis:

„Die Vertreter des Paulinervereins machten deutlich, dass sie einer solchen Gestaltung zustimmen, die es ermöglicht, die Universitätskirche auch als Aula zu benutzen, wie es bis 1968 der Fall war. Unverzichtbar ist jedoch für den Paulinerverein die Wiedererrichtung der gotischen Hallenkirche.“

Viele Berichterstatter in den Medien hatten sich aber ein eigenes Image zurecht gezimmert und bemühten sich selten um eine korrekte Wiedergabe der komplexen Sachlage. So wurde auch dem Paulinerverein einfach unterstellt, er hätte sein Ziel: den „originalgetreuen“ Wiederaufbau aufgegeben, weil mit dieser unklaren Negierung weitestgehende Zugeständnisse deutbar sind, auch als die damaligen verantwortlichen Vertreter des Paulinervereins [24] stets auf die exakte Beschlusslage verwiesen haben. Die schlecht recherchierten Beiträge von Medienvertretern stifteten leider Verwirrung unter Mitgliedern des Paulinervereins und interessierten Bürgern. Offenbar war diese Verfahrensweise teilweise sogar darauf angelegt, dem Ansehen des Vereins zu schaden.

In den folgenden Monaten drang nur spärlich Information über das weitere Vorgehen der Landesregierung an die Öffentlichkeit. Nur soviel war bekannt geworden, dass die Landesregierung eine Qualifizierung des Entwurfs der Architekten Behet und Bonzio anstrebt, so dass in bezug auf die Gestaltung des Areals der ehemaligen Universitätskirche möglichst ein Konsens aller Beteiligten erreicht wird. Für diesen Prozess sollten weitere Architekten hinzugezogen werden. Die Durchführung eines neuen Wettbewerbs wurde nicht erwähnt, wenn auch von anderer Seite vorgeschlagen [25].

Der Streit im Stadtrat

Seit der Erklärung des Ministerpräsidenten Georg Milbradt zum Wiederaufbau der Leipziger Universitätskirche war Bewegung in den Leipziger Stadtrat gekommen. So brachte die SPD-Fraktion im Januar 2003 einen Antrag zum Thema Universitätskirche/Aula ein (hier Beschlussvorschlag 2 genannt) und parallel dazu präsentierten drei Stadträte der Bürgerfraktion ebenfalls einen Antrag (Beschlussvorschlag 1) zum gleichen Thema. Damit waren die Stadträte aus allen Fraktionen und auch der Oberbürgermeister gezwungen, zu der Sachlage offiziell Stellung zu nehmen. Im Verlauf der folgenden Monate wurden beide Anträge modifiziert und ergänzt, so dass in der Endfassung zwei entgegengesetzte Standpunkte festgelegt sind. Hier sind lediglich die Endfassungen, die zur Beschlussfassung vorgelegt wurden, wiedergegeben.

Text des Beschlussvorschlags 1[26]:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, sich bei der Universitätsleitung und der Regierung des Freistaates Sachsen dafür einzusetzen, dass ein zügiger Umbau des Universitätsstandortes am Augustusplatz gemäß den folgenden Zielstellungen durchgeführt wird:

1. Die notwendige Überarbeitung des für den Umbau zugrundegelegten Wettbewerbsentwurfs hat den funktionalen Anforderungen an den Universitätsbetrieb und der Integration in das Stadtbild voll inhaltlich zu entsprechen. Die Zukunftsfähigkeit der baulichen Lösung und der Bezug auf die kunsthistorische Tradition sind sicherzustellen.

2. Die sofortige gründliche architektonische Überarbeitung der Planung des Gebäudes auf der Fläche der ehemaligen Universitätskirche ist aufsolche Weise vorzunehmen, dass dieses in sich die Funktionen von Aula und Kirche vereint, äußerlich als geistig-geistliches Zentrum [27] erkennbar ist und deutlich an die 1968 gesprengte Universitätskirche erinnert.

Begründung:

Das Engagement des Oberbürgermeisters berücksichtigt auf diese Weise sowohl die Interessen der Universitätsleitung als auch das Interesse der Bürger Leipzigs, die mit ihrem Einsatz für eine Kultur der Erinnerung den städtebaulichen Stellenwert des Augustusplatzes und der historischen Bedeutung der Universitätskirche St. Pauli Rechnung tragen wollen.

Der Antrag war mindestens einmal umgearbeitet worden. In der ursprünglichen Fassung vom 12. Februar 2003 wurde noch ein neuer Wettbewerb gefordert, und es war darin noch die Formulierung enthalten: „Die Aufgabenstellung zum Wettbewerb soll neben funktionalen und städtebaulichen Anforderungen auch die Option eines Wiederaufbaus der Kirche enthalten.“ Der endgültige Text wurde für die Beschlussvorlage so radikal entkernt, dass darin eigentlich alle Auffassungen ihre Bestätigung finden könnten. Von einer Forderung nach der Errichtung eines Gebäudes mit der äußeren Gestalt der 1968 gesprengten Universitätskirche ist darin überhaupt nicht mehr die Rede. Es wird nur noch gefordert, dass in dem Gebäude sowohl Gottesdienste als auch feierliche Universitätsveranstaltungen stattfinden können und dass die Gestalt an die ehemalige Kirche erinnert.

Selbst diese extrem abgeschwächte Form des ursprünglichen Antrags war den Gegner des Wiederaufbaus der Universitätskirche zuviel. Sie wollten mit Sicherheit ausschließen, dass die Kirche in ihrer Gestalt von 1968 wieder gebaut wird. In diesem sich selbst auferlegten Zwang lehnten sie konsequent alles ab, was äußerlich an die ehemalige Paulinerkirche erinnert, wie natürlich auch jeden anderen Kirchenbau.

Der Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen lautet daher in der entscheidenden Passage konträr:

Text des Antrags 2 [28]:

(1) Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, sich im Einvernehmen mit der Universitätsleitung bei der Sächsischen Staatsregierung für einen baldmöglichen Start des Umbaus des Universitätsgeländes am Augustusplatz einzusetzen, der eine Fertigstellung der Gesamtbaumaßnahme bis zum Universitätsjubiläum im Jahr 2009 gewährleistet.

(2) Maßgebend für den zu realisierenden Entwurf sind aus der Sicht des Stadtrates die funktionalen Anforderungen der Leipziger Universität und die städtebauliche Einbindung des Campus in die Leipziger Innenstadt.

(3) Der Nachbau der gesprengten Universitätskirche ist in diesem Rahmen nicht enthalten. [31]

(4) Statt dessen soll eine gültige architektonische Lösung für eine auch von außen erkennbare und öffentlich zugängliche geistiggeistliche Mitte der Universität auf dem Standort der ehemaligen Paulinerkirche gefunden werden, die sowohl der kulturhistorischen Bedeutung der Universitätskirche für die Stadt Leipzig gerecht wird als auch in würdiger und angemessener Form an deren Sprengung erinnert.

(5) Hierzu bedarf es eines klaren und transparenten Verfahrens, welches den gegenwärtigen öffentlichen Diskurs aufgreift.

In diesem Antrag ist nicht von einer Erinnerung an die **Universitätskirche** die Rede, lediglich nur von der Erinnerung an deren **Sprengung**. D. h., es soll irgendwie sichtbar gemacht werden, dass etwas zerstört wurde. Die Erinnerung an den Gegenstand der Zerstörung, nämlich an die Kirche, wird im Text ausgelassen. War das nicht der eigentliche Zweck der Täter von 1968?

Dieser Antrag (2) schließt damit mögliche Kompromisse, wie sie der Antrag (1) anbietet, weitgehend aus.

Die öffentliche Ratsversammlung, auf der die Anträge nach der vorgeschriebenen Beratung in den zuständigen Gremien zur Abstimmung kamen, fand am 16. April 2003 statt. In Anbetracht der politischen und historischen Bedeutung wurde über die Anträge ausführlich diskutiert. Die CDU-Fraktion und Stadtrat Obser (DSU) forderten namentliche Abstimmung, d.h., jeder Stadtrat hatte öffentlich sein Votum zu den beiden Anträgen zu bekunden.

Die rege Diskussion wurde in einigen Fällen sehr emotional geführt. Das war nicht anders zu erwarten, denn das Thema „Universitätskirche“ hatte viele Leipziger Bürger über Monate beschäftigt, und die Tageszeitungen hatten den Gegenstand über viele Monate so hoch bewertet, wie in keinem Fall, den man in Leipzig analog nennen könnte. Die Fraktionen des Stadtrats konnten es sich daher nicht leisten, auf einen eigenen Kommentar zu den Anträgen zu verzichten. Wie üblich, begann die Diskussion mit der Wortmeldung der antragstellenden Fraktionen bzw. antragstellenden Stadträte [29] und endete mit einer ausführlichen Stellungnahme des Oberbürgermeisters. Es zeichnete sich, wie schon in den beiden Anträgen zu erkennen war, eine klar polarisierte Argumentation ab: Strikt gegen den Antrag 1 (der die Forderung nach Wiedererkennung der Paulinerkirche im neuen Gebäude beinhaltet) und damit automatisch für den Antrag 2 plädierten die Fraktionen von SPD und von Bündnis 90/Die Grünen; invers für den Antrag 1, also gegen Antrag 2, die CDU-Fraktion und die Bürgerfraktion. Von diesem Schema wichen nur 2 Stadträte ab: der SPD-Stadtrat Dr. Christian Jonas, der gegen den Antrag seiner Fraktion stimmte, und der Stadtrat der Bürgerfraktion, Günter Keilitz von der Wählergemeinschaft Volkssolidarität, der den Antrag seiner Fraktionskollegen nicht unterstützte. Der Oberbürgermeister stimmte wie seine SPD-Fraktion. Die PDS-Fraktion votierte natürlich geschlossen gegen den Antrag 1 und für den Antrag 2.

Bezüglich der reinen Sachargumentation wurden von allen Seiten grundsätzlich keine neuen Argumente vorgebracht. [4] Bereits aus den Ausführungen des ersten Redners Fischer, der den Antrag 2 einbrachte, konnte man erahnen, dass die Herabwürdigung der Intentionen der Gegenseite und die Abqualifizierung der betreffenden Personen die folgende Diskussion im wesentlichen beherrschen würde. Dies trat leider auch ein. Zwar haben Redner, wie der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Billig, gemahnt, zu einer dem Gedenken an die zerstörte Kirche angemessenen würdigen und sachlichen Art überzugehen, aber ohne Erfolg.

Einige der Darlegungen sollen hier kurz erwähnt werden.

Dr. Fischer bezeichnete eine Replik der Kirche als Plagiat [5]. An den Streitereien der letzten Monate seien nur diejenigen Schuld, die eine umfassende Diskussion überhaupt zuließen (Staatsregierung und Leipziger CDU). Die Bemühungen um den Wiederaufbau der Kirche qualifizierte er als parteipolitisch und gegen die Interessen der Stadt gerichtet ab. Ein Stadtrat könne nur „Größe beweisen“, wenn er diesem abschwöre.

Stadtrat Obser (Bürgerfraktion), der den Antrag 1 einbrachte, konnte sich einer solchen Provokation nicht entziehen und bezeichnete das im Antrag 2 geforderte Verbot des Wiederaufbaus der Kirche als empörende historische Parallele zum Sprengungsbeschluss der Leipziger Stadtverordneten im Jahre 1968. Anstelle der in seiner Anfrage an den Oberbürgermeister vom 27. März 2001 geforderten qualifizierten Diskussion nehme „ein Kaspertheater nun weiter seinen Lauf.“

Stadtrat Quester (Bündnis90/Die Grünen) benutzte, wie bei anderen Gelegenheiten, das Podium zu Angriffen gegen den Paulinerverein. Darauf wird im Anschluss über diesen Bericht näher eingegangen, denn diese Behauptungen müssen als durchgängig inkorrekt gewertet werden. (Der Verfasser dieses Berichtes war ehemaliges Vorstandsmitglied des Paulinervereins). Quester führte u. a. aus:

- *Dem Paulinerverein sei es nicht gelungen, eine größere Anzahl von Leipzigern für seine Idee zu gewinnen.*
- *Dem Paulinerverein sei es nicht gelungen, eine größere Anzahl Spenden einzuwerben.*
- *Dem Paulinerverein sei es nicht gelungen, die Verantwortungsträger von der Richtigkeit seiner Idee zu überzeugen.*

Stadtrat Billig (CDU) beklagte das mangelnde Interesse anderer Fraktionen an einer gemeinsamen Diskussion seit dem 14. Januar 2003, als die CDU den Beschluss zur Befürwortung des Wiederaufbaus fasste. Der Rektor der Universität, der mehrmals Einladungen der CDU-Fraktion über das strittige Thema wahrgenommen hatte, verkündete nun in der Öffentlichkeit eine ganz andere Position als die, welche er bei

seinen Besuchen in der CDU-Fraktion mit trug. Der entscheidende Punkt sei, dass die Gegner eines Wiederaufbaus eben keine **Kirche** auf dem Gelände der Universität wollen, „auch, wenn man sich das nicht laut zu sagen traue.“ Der Stadtrat Magirus (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte daraufhin, „Kirche sei für ihn die Gemeinde der Gläubigen“, und „wenige von denen, die jetzt das Wort so stürmisch für den Nachbau einer Universitätskirche erhöhen, habe er in den Universitätsgottesdiensten je gesehen.“ Die Stadträtin Suárez (Bürgerfraktion/Neues Forum) betonte den Umstand, dass die ehemalige Universitätskirche nicht nur eine Kirche für Studierende und Wissenschaftler gewesen sei, sondern auch von anderen Leipzigern intensiv genutzt worden sei und sich daraus das Recht zum Mitreden ableite. Ihre Ausführungen zu den Intentionen des Paulinervereins müssen leider infolge deutlicher Unkenntnis als verschwommen bzw. unzutreffend gewertet werden. Stadtrat Clemen (CDU) erinnerte an den frühzeitig festgelegten Verzicht der Universität, einen Anteil von 3000 m² der innerstädtischen Fläche für universitäre Zwecke zu nutzen, indem diese wertvolle Innenstadtfäche einem (oder mehreren) Unternehmen für kommerzielle Nutzung (als Verkaufsfläche bzw. für gastronomische Nutzung) überlassen wird, gleichzeitig aber von der Universität die Errichtung einer Kirche mit der Begründung abgelehnt wird, dass eben dieses Areal der ehemaligen Kirche für die Funktionsfähigkeit der Universität unentbehrlich sei.

Stadtrat Quester nahm nochmals das Wort und verurteilte aus seiner Sicht erneut die Korrektur der Entscheidung der Sächsischen Landesregierung. Er nahm eine individuelle Einschätzung der Beiträge seiner Vorredner (Schimpff, Clemen, Billig) vor, die hier nicht wiedergegeben wird, da sie den Stil einer sachlichen Auseinandersetzung nicht mehr erkennen lässt. Insbesondere in einem Fall wertete er vergleichend seine eigene Vergangenheit mit der eines CDU-Stadtrates und trug offenbar damit zur Verschlechterung der Diskussionsatmosphäre bei. Als völlig unklar erscheint der Beitrag des Stadtrats Achminow, der offenbar als CDU-Mitglied und Mitglied des Paulinervereins eine private Meinung vertrat:

Bei dem Antrag 2 „bleibe nur noch die Frage, ob die Antragsteller auf gar keinen Fall irgendeine Kirche wollten. Wenn die Antragsteller lediglich die Kopie oder den Nachbau der Kirche ausschließen wollten, den jetzt niemand mehr fordere – dies könne man durchaus in den Antrag hineinschreiben –, dann sei man bei dem, was eigentlich alle wollten.“

Als letzter Redner vor den abschließenden Ausführungen des Oberbürgermeisters begründete der Stadtrat Dr. Burgkhardt (Bürgerfraktion/FDP) den von ihm mitverfassten Antrag 1 aus seinem persönlichen Erleben der Sprengung und bedauerte die Art und Weise, wie sich der Stadtrat an diesem Tag präsentiert habe.

„Er habe sich geschämt angesichts mancher Polemik, die hier ausgetauscht worden sei.“

Mehrere Stadträte gingen in ihren Beiträgen auf die besondere Rolle der PDS ein. Die Fraktion der PDS hatte sich in der Diskussion relativ zurückgehalten und trat nur mit einem Beitrag des Stadtrats Scheel hervor, der inhaltlich zugunsten des Antrags 2 und gegen den Antrag 1 sprach. Die anwesende Öffentlichkeit musste zuhören, wie von Scheel versucht wurde, der Sächsischen Staatsregierung ein paralleles Verhalten vorzuwerfen im Vergleich zu den Machthabern von 1968, als sie ihre Entscheidungen revidierte. Kein Wunder, dass beispielsweise die Stadträte Obser (DSU) und Dr. Rotermund (CDU) die PDS-Fraktion als den Mehrheitsbeschaffer der Gegner des Wiederaufbaus ansahen.

An die Diskussion der Stadträte schloss sich eine längere Ausführung des Oberbürgermeisters Tiefensee an. Wohl kein Zuhörer erwartete neue Gedanken zu einem Pro oder Contra des Wiederaufbaus der Kirche. Tiefensee hatte sich sowohl vor als auch nach der sensationellen Presseerklärung der Landesregierung vom 28. Januar in mehreren Interviews als Stadtoberhaupt gegen den Wiederaufbau der Kirche ausgesprochen [30], obwohl er über einen formalen Auftrag des Stadtrates nicht verfügte. Die bevorstehende Abstimmung war dank der sicheren Stimmen der PDS klar. Nach der Abstimmung würde er die Mehrheit des Stadtrates hinter sich haben und konnte dann die Ablehnung des Wiederaufbaus als Stadtratsmeinung verkaufen. So war seine Rhetorik gegen den Wiederaufbau gar nicht mehr nötig, und er konnte sich, wie manchmal sein Vorgänger, auf „oberlehrerhafte“ Bemerkungen beschränken. Er glaube an die Nützlichkeit der geführten Diskussion, wenn diese auch teilweise sehr emotional geführt wurde, hätte sie doch dadurch ein paar Blicke hinter die Kulissen erlaubt. In der Stimmabgabe des Tages würde nicht zum Ausdruck kommen, ob jemand der Universität eine geistlich-geistige Mitte wiedergeben wolle oder nicht. Unterschiede gäbe es in wenigen, aber sehr wichtigen Details. In Anspielung an nicht näher bezeichnete Gruppierungen warnte er davor, im

Stadtrat wie auch bei weiteren Diskussionen nach der Beschlussfassung zu versuchen, andere mit Ideologie anstatt mit Argumenten zu überzeugen. Er widersprach den pauschalen Angriffen gegen die PDS, da er einzelne Vertreter sehr schätze, „**die dem Christlichen der Universitätskirche näher stünden als manche andere Parteien**“ und verwies auf den „einstimmigen Beschluss [6] der Stadtverordnetenversammlung 1968“, der auch von der CDU und der LDPD mitgetragen worden sei.

Die Debatte im Stadtrat widerspiegele nach Tiefensee nicht die Meinung der Bevölkerung, denn die Frage nach dem Wiederaufbau/Nichtwiederaufbau der Paulinerkirche würde quer durch alle Bevölkerungsgruppen und Parteien diskutiert mit unterschiedlichen Meinungen in allen Gruppen. Auch die Universität stelle in dieser Frage keinen „monolithischen Block“ dar.

Die Frage, wie man mit der Geschichte umgeht, habe man sich in Diskussionen mit dem Paulinerverein, im Senat der Universität und in der Öffentlichkeit gestellt. Für Tiefensee sei es von Bedeutung, dass an die Sprengung als Kulturbarbarei erinnert werden soll, aber nicht durch einen originalgetreuen Wiederaufbau. Er meine nicht, dass er in dieser schwierigen Frage „*die Wahrheit für sich gepachtet habe*.“

In der Entscheidung des Stadtrates gehe es offensichtlich nicht mehr um den originalen Nachbau oder Rekonstruktion. Im Widerspruch zu diesem Konsens stehe allerdings der Vorschlag des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst wie auch der Konsensvorschlag der CDU-Fraktion, wo wiederum von einer Rekonstruktion gesprochen werde. Dagegen müsse der Stadtrat ein klares Votum setzen, damit er als Oberbürgermeister einen klaren Verhandlungsauftrag haben würde. Einigung gebe es mit dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, dass im weiteren Verfahren der Entwurf von Behet und Bonzio zugrunde gelegt werden solle, der unter Einbeziehung anderer Architekten in Richtung auf das Ziel qualifiziert werden soll, nämlich die Sprengung der Universitätskirche im Innern sowie im Äußern erkennbar werden zu lassen. Dieser Zielstellung käme der Stadtrat durch den Antrag 2 (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) am nächsten. Mit diesem Antrag achte der Stadtrat die Entscheidung der Universität und gebe dieser die notwendige Rückendeckung. Tiefensee forderte den Stadtrat auf, diesem (Antrag 2) zuzustimmen.

Nach einer Auszeit erfolgte die namentliche Abstimmung mit folgendem Resultat:

Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Beschluss Nr. III-1283/03, Votum: 45 ja-Stimmen, 25 nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen, d.h. **Zustimmung**.

Antrag der Stadträte P.Suárez (Neues Forum), Dr. M. Burgkhardt (FDP) und K.-H. Obser (DSU), Votum: 26 ja-Stimmen, 44 nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, d.h. **Ablehnung**.

Da die Abstimmung öffentlich mit Aufruf der Namen erfolgte, wird hier das detaillierte Ergebnis wiedergegeben:

Abstimmung TO 12.5	Abstimmung TO 12.6.
(26 Ja, 44 Nein, 0 Enth.)	(45 Ja*,
25 Nein, 0 Enth.)	

CDU

In der Niederschrift [31] findet sich bei Scheibe und Quester in der Tabelle kein Vermerk über das Abstimmverhalten.

Bemerkungen zur Stadtratsdiskussion durch den Verfasser:

Stadtrat Quester stellte in der Diskussion einige Behauptungen auf, die den Paulinerverein betreffen, die aber nicht den Tatsachen entsprechen. Der Paulinerverein hat eine große Anzahl von Leipzigern für seine Idee gewinnen können. In mehreren Veranstaltungen erfuhr der Paulinerverein große Resonanz, und zu verschiedenen Zeiten liefen Umfragen zum Wiederaufbau der Universitätskirche auf Initiative der Leipziger Volkszeitung, des MDR und anderer Institutionen mit ziemlich unterschiedlichen Resultaten. Bei zwei dieser Umfragen äußerten sich mehr als 50% für den Wiederaufbau, das schlechteste Ergebnis wies 35% Befürworter aus. Rechnet man Letzteres auf die Bevölkerung von Leipzig mit einer Einwohnerzahl von ca. 400000 hoch, so ist mit einer Zustimmung von 140 000 Bürgern zum Wiederaufbau der Kirche zu rechnen. Das ist eine Minderheit, aber doch zweifellos eine „größere Anzahl“. Der Stadtrat täte gut daran, diese bisher natürlich nicht einwandfrei quantisierte Situation weiterhin mit dem gebotenen Ernst zu beachten. Die neueren TED-Umfragen der LVZ, und der „Bild“ reihen aber den von den Verantwortlichen favorisierten und gekürten Entwurf der Architekten Behet und Bonzio in der Beliebtheitskala der interessierten Bürger weit hinter dem Wiederaufbau der Paulinerkirche ein [32] und lassen den Stadtratsbeschluss als extrem „bürgerfern“ erscheinen. Die Forderung nach Transparenz und mehr Öffentlichkeit wird immer lauter [33].

Dass es dem Paulinerverein nicht gelungen sei, Spenden zu sammeln, muss ebenfalls als absurde, unsachliche und inkorrekte Unterstellung abgetan werden, denn für den Wiederaufbau der Kirche können erst dann Spenden gesammelt werden, wenn ein Wiederaufbau von den verantwortlichen Gremien beschlossen wurde. Da dies bisher nicht geschehen ist, musste der Verein sogar Angebote in ansehnlicher Höhe ausschlagen. (Spenden für die Arbeit des Vereins sind möglich. Sie werden nicht in Millionenhöhe benötigt. Die Arbeit des Vereins ist aber ohne kommunale Zuschüsse abgesichert.)

Dass schließlich der Paulinerverein keinen Entscheidungsträger für sich gewinnen konnte, ist wohl als unerfüllter Wunsch von Herrn Quester zu werten, denn diese Behauptung widerspricht ebenso in grotesker Weise den Tatsachen. Die Idee des Paulinervereins konnte mit Hilfe vieler prominenter Bürger, von Opfern des DDR-Regimes und des Nobelpreisträgers, Prof. Günter Blobel, so klar in die Öffentlichkeit transferiert werden, dass die Sächsische Landesregierung überzeugt werden konnte, ihre ursprünglichen Festlegungen zu revidieren. Bisher ist kein analoger Fall im Land Sachsen bekannt, wo eine Bürgerinitiative Ähnliches erreicht hätte. Sichtbarer Ausdruck der Anerkennung der Vereinsarbeit ist das Gespräch von Vertretern des Paulinervereins am 25. Februar 2003 mit dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, dem Staatssekretär des Ministeriums der Finanzen sowie einer Anzahl hochrangiger Mitarbeiter der Ministerien. An der Leipziger Universität (dem „lokalen Verantwortungsträger“) werden z. Zt. immer mehr Stimmen laut, die aus der immer wieder zitierten Einheitsfront ausbrechen. [34].

Die Tatsache, dass dem Stadtrat Quester alle Fakten hinreichend bekannt sind, lässt seine Ausführungen in einem recht zweifelhaften Licht erscheinen.

Die Stellungnahmen der Stadträte Obser, Dr. Rotermundt und Dr. Burgkhardt zum Verhalten der PDS-Fraktion können nicht einfach in negative Kategorien abgestellt werden. In der Rede des PDS-Stadtrats muss man eigentlich alles vermissen, was hätte seitens dieser Partei gesagt werden sollen, die sich zumindest auch heute noch des bedeutenden finanziellen Erbes ihrer Vorgängerin, der SED, erfreuen darf. Wir wissen aus unendlich vielen historischen Details, dass die geistigen Väter der Vernichtung der ehemaligen Universitätskirche und die organisierte Schar der Verantwortlichen für die Realisierung dieser Untat sowie der Verfolgung der Gegner dieser Zerstörung entweder Funktionäre der SED oder der Stasi waren. Zeitweilig eingebunden waren auch Mandatsträger der ehemaligen CDU und anderer „Blockparteien“. Eine Entschuldigung für die Verbrechen ihrer Vorgänger hätte der PDS-Fraktion nicht geschadet. Im Gegenteil, in Kombination mit einer geschlossenen Enthaltung bei der Abstimmung hätte sich die Leipziger PDS Vertrauen erwerben können, wie bei keiner anderen Gelegenheit. Statt dessen musste die zugelassene Öffentlichkeit mit anhören, wie von Scheel versucht wurde, der Sächsischen Staatsregierung ein paralleles Verhalten vorzuwerfen im Vergleich zu den Machthabern von 1968.

Wie das Abstimmungsergebnis zeigt, war die Mehrheit für den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/GRüne nur mit der Zustimmung der PDS-Stadträte sicher. Wen kann es daher wundern, dass vor der Abstimmung die Leipziger SPD-Spitze alles tat, um diese Partei als makellos erscheinen zu lassen, anderen aber Ideologie vorzuwerfen? Natürlich hätte auch die CDU-Fraktion Grund gehabt, sich für ihre Vorgänger, die in der Stadtverordnetenversammlung von 1968 für den Abbruch stimmten und deren Namen alle bekannt sind, zu entschuldigen. Diese Gelegenheit wurde leider verpasst. Ein solcher kritischer Rückblick hätte bestätigt, dass man sich gründlich mit der Vergangenheit auseinandergesetzt hat.

Am 13. Oktober 2003 wurde das sogenannte „Qualifizierungsverfahren zum Bereich ehemaliger Standort Paulinerkirche für die Neubebauung mit einer Aula/Kirche“ gestartet. An der Ausarbeitung des Auslobungstextes für diesen 2. Teil des Architektenwettbewerbes war die Leipziger Stadtverwaltungsspitze maßgeblich beteiligt. In einem Schreiben des Beigeordneten Lütke Daldrup [35] an alle Fraktionen wird festgestellt, dass es gelungen sei „die Formulierungen des Stadtratsbeschlusses unmittelbar in den Auslobungstext einfließen zu lassen.“ Verwiesen wird in diesem Schriftstück auf den Abschnitt 3.2.1 Aula/Kirche des Auslobungstextes. Dort ist allerdings festgehalten:

„Das Gebäude soll am Standort der gesprengten Universitätskirche entstehen und in ihren gestalterischen Qualitäten im Rahmen der zu prüfenden Lösungen diese ersetzen bzw. an diese erinnern.“

Hier ist von der Erinnerung an die **Kirche** die Rede und nicht nur, wie im Stadtratsbeschluss eingeschränkt wird, lediglich an die **Sprengung**. Außerdem enthält der Auslobungstext nicht das im Stadtratsbeschluss ausgesprochene Verbot eines Nachbaus der Kirche. Insofern kann von einer vollständigen „Umsetzung des Stadtratsbeschlusses“ durch den Auslobungstext absolut **nicht** die Rede sein, im Gegenteil: der Ausschreibungstext lässt – wenn auch als Extremfall – den Wiederaufbau der Kirche durchaus zu. Insofern unterscheidet er sich grundsätzlich von dem Text des ersten Teils des Wettbewerbs aus dem Jahr 2001, wo der Wiederaufbau explizite nicht zugelassen war. Der neue Ausschreibungstext kann somit als die Erfüllung des „Prominentenaufrufs“ vom 11. Juli 2001 angesehen werden, wo die Option des Wiederaufbaus der Kirche für die Wettbewerbsauslobung gefordert wurde. Diese Tatsache muss als ein großer Erfolg aller derjenigen gewertet werden, die sich für den Wiederaufbau der Paulinerkirche engagierten. An erster Stelle ist natürlich der Paulinerverein mit seinem Vorsitzenden Günter Blobel zu nennen. Der Aufruf der 28 Nobelpreisträger hatte die Leipziger CDU sowie die Sächsische Staatsregierung von der historischen Notwendigkeit des Wiederaufbaus der Kirche überzeugt. Aber auch viele nicht in der Bürgerinitiative „Paulinerverein“ organisierte Bürger, wie der Theologe Christoph Michael Haufe und der Arzt Werner Jahn, warben unermüdlich für den Wiederaufbau.

Die Jury hat die eingereichten Entwürfe in mehreren Sitzungen gewertet und das Ergebnis der Öffentlichkeit präsentiert. Dank der Vertreter des Paulinervereins in der Jury [7], die sich entgegen den Wettbewerbsregeln

zur Veröffentlichung des von ihnen favorisierten Entwurfs noch im laufenden Verfahren entschlossen, entstand ein starker Druck der Öffentlichkeit auf die Entscheidung der Jury. Nach dem Zeitungsbericht vom 5. Februar 2004 [36] soll der Oberbürgermeister versucht haben, die Jurymitglieder vor der Entscheidung, welche Entwürfe für die „Endrunde“ ausgewählt werden, massiv zu beeinflussen, indem er das Verbot des Wiederaufbaus der Kirche als einen abgesprochenen Konsens zwischen den Beteiligten [8] hinstellte, was im Widerspruch zur Ausschreibung steht. Der öffentliche Druck auf die Jury erzwang, dass die 4 bestplatzierten Arbeiten noch vor der endgültigen Entscheidung veröffentlicht wurden [37]. Unter dem Einfluss der veröffentlichten Meinungsumfragen zu den vier Entwürfen, die dem bisher favorisierten Entwurf des Siegers aus dem ersten Wettbewerb eine eindeutige Ablehnung bescheinigten [38], entschloss sich die Jury zur Auswahl des Entwurfs, der im äußeren Erscheinungsbild und in der Innenausstattung die Erinnerungsfunktion an die Kirche (und nicht an die Sprengung) am deutlichsten zum Ausdruck bringt. Damit wurde zum ersten Mal für ein öffentliches Bauvorhaben in der Stadt Leipzig deutlich auf die Meinung der Bürger Bezug genommen. Dass dieser Kompromiss auf der Präsentation des Wettbewerbsergebnisses am 25. März 2004 im Leipziger Gewandhaus von der Sächsischen Landesregierung außerordentlich begrüßt wurde, ist gut nachvollziehbar. Ebenso ist die Erleichterung der Universität zu verstehen, die mit dem Baubeginn für die Erneuerung des „Campus“ endlich rechnen kann. Die großen Worte des Oberbürgermeisters, der von einem „historischen Tag für Leipzig und seine Universität“ und dem „großen Wurf“ sprach, widersprechen aber deutlich seinen bisherigen Aussagen, für die er mit großer Konsequenz eingetreten war, und zeugen von einer immensen Fähigkeit zur Anpassung an die jeweilige Situation.

Quellenangabe

[1] „Installation Paulinerkirche 1998“, Jutta Schrödl, Wolfgang Unger, Peter

Werner; Martin Krämer Musikverlag 1998

[2] Briefwechsel des Rektors Bigl und des Kanzlers Gutjahr-Löser der Leipziger Universität mit der Firma Henning Kreitz und Partner im Jahr 1999 mit der Aufforderung zur Demontage der „Installation“. Briefwechsel der Firma H. K. u. P. mit dem Ministerpräsidenten Biedenkopf wegen Erhalt der „Installation“. Offener Brief an die LVZ vom 27.10.99.

Die Universität forderte die Entfernung der „Installation“. Das Relief: „Der Leninismus, der Marxismus unserer Tage“ (Marx-Relief) sollte dagegen stehen bleiben.

[3] Beschlussprotokoll der 14. öffentlichen Sitzung der Ratsversammlung am 13.09.2000.

Erklärung: „Der Oberbürgermeister spricht sich dafür aus, die „Installation Paulinerkirche“ am Hauptgebäude der Universität weiterhin zu erhalten, bis mit der städtebaulichen und architektonischen Neugestaltung der Westseite des Augustusplatzes begonnen wird.“ Im Haushaltsausschuss scheiterte jedoch der Versuch der CDU-Fraktion, einen Betrag von

20 000 DM für die Demontage der Installation einzustellen, wenn mit dem Umbau des Hauptgebäudes begonnen wird.

[4] LVZ-Meldung vom 01.03.01 „Hauptgebäude der Leipziger Uni wird erneuert“ von Sven Siebert.

[5] Viele auswärtige Bürger, auch prominente Persönlichkeiten, waren der Ansicht, dass der Oberbürgermeister in Anlehnung an die Vorgeschichte einen wesentlichen Einfluss auf die Entscheidungen ausüben würde, und wandten sich in Briefen an das Stadtoberhaupt.

[6] Schreiben des Vorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion, Stefan Billig, vom 05.02.02 an die Landtagsabgeordnete Christine Clauß. Auszug: „Wir hatten bisher auf eine öffentliche Positionierung verzichtet, da uns in zahlreichen Gesprächen auch vom Rektor der Universität wiederholt versichert wurde, dass im Rahmen des Architektenwettbewerbs auch eine Wiedererrichtung der Universitätskirche nicht ausgeschlossen sei...“

[7] Anfrage des Stadtrats Karl-Heinz Obser (DSU) an den Oberbürgermeister vom 27.03.01. Kernfrage war: „Nehmen Sie als Oberbürgermeister Einfluss auf die Eröffnung des immer noch ausstehenden demokratischen Disputs um die bauliche Neugestaltung des alten Stammsitzes der Universität am Augustusplatz, der auch die Möglichkeit des Wiederaufbaus der Paulinerkirche einschließt?“

[8] Antwort zur Anfrage [7] des Stadtrats Obser (DSU) auf der öffentlichen Sitzung des Stadtrats vom 25.04.01 durch den Beigeordneten Dr. Lütke Daldrup.

[9] Antwortschreiben des Oberbaudirektors Joern Walter, Fachpreisrichter, vom 06. Februar 2002 an Dr. M. Wurlitzer „...ich muss darauf hinweisen, dass die Entscheidung über einen möglichen Wiederaufbau der Paulinerkirche nicht bei der Jury des Wettbewerbs, sondern allein beim Auslober des Wettbewerbes, dem Freistaat Sachsen und der Universität Leipzig liegen kann...“.

Antwortschreiben des Vorsitzender der Jury, Prof. Peter Zlonicky vom 23.12.01 an Dr. Werner Jahn „... Ich versichere Ihnen, dass Ihre Anliegen auch von der Jury – soweit die verbindliche Auslobung dies zulässt – berücksichtigt werden...“

[10] Protokoll der 26. Öffentlichen Sitzung der Ratsversammlung der Stadt Leipzig am 05.09.01.

[11] Protokoll über ein Gespräch der Mitunterzeichner des „Aufrufs an die Freunde der Paulinerkirche“ Dr. M. Wurlitzer und A. Barbe am 17.08.01 bei Staatsminister Prof. Meyer in Dresden

[12] In einem Schreiben von Ursula Schneider an den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig vom 19.01.02 wird zitiert, dass zwischen dem Bundestagspräsidenten W. Thierse und W. Tiefensee ein Gespräch stattgefunden hatte. Zum Inhalt des Gesprächs hatte Thierse an U. Schneider geschrieben: „...dass von seiten

der Stadt der Stadt Leipzig bei der Planung eines neuen Universitätsgebäudes am Augustusplatz in ganz besonderer Weise das Verbrechen der Sprengung der Paulinerkirche 1968 berücksichtigt werden soll ... In den Umbau des universitären Teils des Augustusplatzes werde aber eine weitgehende Teilrekonstruktion der Kirche integriert, die der Universität ihren einstigen geistigen und geistlichen Mittelpunkt wiedergeben soll.“ Das Antwortschreiben aus dem Referat Grundsatzfragen vom 12.02.02 belegt den offenbar lange vorher eingetretenen Sinneswandel des Oberbürgermeisters zugunsten der Forderungen der Universität.

[13] Schreiben des Mitglieds des Paulinervereins Dr.M.Wurlitzer an die Stadträte vom 16.03.01.

[14] Öffentliche Sitzung der SPD-Fraktion in der Alten Nikolaischule am 11.04.02. LVZ 13./14.04.02: „Eine neue Paulinerkirche kostet 23 Millionen“, Andreas Tappert

[15] Eine Zusammenkunft aller Nobelpreisträger in Stockholm im Dezember 2001 ermöglichte die schnelle Realisierung der 27 Unterschriften. An der Endfassung des von NP Blobel entworfenen Textes wirkten die Mitglieder des Paulinervereins Dr. Martin Helmstedt und Dr. Manfred Wurlitzer mit.

[16] Gemeinsamer Beschluss der CDU-Stadtratsfraktion und des CDU-Kreisverbandes Leipzig vom 14. und 16.01.02.

[17] Offener Brief der Staatsminister Meyer und De Maizière an Prof. G. Blobel vom 15.01.02. Kommentar in LVZ vom 22.01.02 „Es gibt keinen authentischen Anknüpfungspunkt“ von Thomas Mayer.

[18] Veröffentlicht vom Pressesprecher des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst, Pressemitteilung 06/2003 vom 28. Januar 2003.

[19] De facto wurden die Geschäfte weiterhin von den „zurückgetretenen Personen“ weitergeführt, bis der notwendige Wechsel vollzogen wurde.

[20] Erklärung der Deutschen Rektorenkonferenz, 18.02.2003

[21] Gespräch des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst mit Vertretern von Universität und Stadt Leipzig am 18.02.03, LVZ-Meldungen vom 06.02.03 und 18.02.03.

[22] Presseerklärung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die gemeinsame Beratung von Vertretern des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst und des Staatsministeriums der Finanzen mit Vertretern des Paulinervereins am 25. Februar 2003.

- [23] Fragestunde im Sächsischen Landtage auf Initiative der PDS-Fraktion.
- [24] Stellvertretende Vorsitzende des Paulinervereins Dr. Martin Helmstedt und Dr. Manfred Wurlitzer bis Februar 2003.
- [25] Die SPD-Fraktion, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Leipziger Stadtrat und andere Stadträte sowie der Oberbürgermeister hatten mehrfach die Durchführung eines neuen Architektenwettbewerbs in die Diskussion gebracht.
- LVZ vom 10.07.02 : „SPD Fraktion will neuen Wettbewerb für Uni-Campus am Augustusplatz“ von Andreas Tappert.
- LVZ vom 05.02.03: „SPD und Grüne fordern neuen Architektenwettbewerb“ von Andreas Tappert.
- [26] Endfassung vom 17.03.03.
- [27] In der Erstfassung vom 11.02.03 war noch formuliert: „...als sakral erkennbar...“
- [28] Die hier wiedergegebene endgültige Form des Antrags enthält eine Änderung der PDS-Fraktion und eine Ergänzung der Stadträtin Suárez.
- [29] Die Stadträte Suárez (Neues Forum), Dr. Burgkhardt (FDP) und Obser (DSU) konnten ihren Antrag nicht namens ihrer Fraktion, der „Bürgerfraktion“, einbringen, da das Fraktionsmitglied Keilitz (Wählergemeinschaft Volkssolidarität) den Antrag nicht befürwortete.
- [30] LVZ vom 28./29.12.02: „Auf Campus künstlerisch an Kirche erinnern“
- LVZ vom 29.01.03: „Sachsen macht Weg frei für Uni-Kirche“ und „Wiederaufbau der Uni-Kirche – die Reaktionen“.
- LVZ vom 05.02.03: „Streit um die Universitätskirche hält an: Wie weiter, Herr Tiefensee?“
- [31] Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Ratsversammlung der Stadt Leipzig am 16.04.2003
- [32] „Bild“ Leipzig vom 14.02.2004 „89 Prozent wollen die Paulinerkirche zurück“ und LVZ vom 14./15.02.2004 „Uni-Campus: Leipziger wollen bei der Neugestaltung mitreden“ und „Auch hinter die

Fassaden schauen“

[33] LVZ [31] und MDR–Umfrage vom 14.02.2004

[34]] Beispiel: „Neugestaltung der Universitätsgebäude am Augustusplatz“, Schreiben der Professoren Oldiges, Becker–Eberhard, Lux und Michel an Professoren der Leipziger Universität, September 2003.

[35] Schreiben des Beigeordneten Lütke Daldrup vom 14.10.2003 an alle Fraktionsgeschäftsstellen des Leipziger Rathauses über den Stand der Umsetzung des Beschlusses Nr. III–1283/03 zum Umbau des Universitätsgeländes am Augustusplatz.

[36] LVZ vom 05.02.04: „Paulinerverein wirft OBM Tiefensee Beeinflussung der Jury vor“

[37] LVZ vom 11.02.04: „Neuer Uni–Campus: Das sind die im Wettbewerb verbliebenen Arbeiten für einen Kirchen–Aula–Bau.

[38] „Bild“ vom 14.02.04: „89 Prozent wollen die Paulinerkirche zurück“.

[1] Die Stadtverwaltung positionierte sich in dieser Frage einheitlich durch den Oberbürgermeister W. Tiefensee sowie den Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bau Dr. Lütke Daldrup. Der Stadtrat vertrat unterschiedliche Meinungen in den verschiedenen Fraktionen bzw. Parteien.

[2] Bemerkung des Verfassers: Gemeint ist die Abtragung des „Hauptgebäudes“ der Universität.

[3] Vorgehoben vom Verfasser.

[4] Eine Zusammenfassung der sachlichen Argumente aus der Diskussion pro und contra kann im Anhang nachgelesen werden.

[5] Laut Fremdwörterbuch bedeutet Plagiat "das unrechtmäßige Nachahmen eines von einem anderen geschaffenen künstlerischen Werkes" im Sinne von Diebstahl geistigen Eigentums.

[6] Formale Ergänzung des Verfassers: Wenn der Beschluss der Stadtverordneten vom 23. Mai 1968 (Himmelfahrtstag) gemeint ist, der die Sprengung der Kirche einschloss, so gab es dort eine Gegenstimme des Abgeordneten Rausch (CDU) mit vorangegangener Wortmeldung, auf die der Bezirksvorsitzende der SED, Paul Fröhlich, sehr scharf reagierte. Trotzdem bleibt Rausch als Persönlichkeit umstritten, da er jahrelang inoffiziell als IM „Eduard“ für die Stasi gearbeitet hatte

[7] Für den Paulinerverein wirkten in der Jury Dr. Jutta Schrödl, Mitglied des Vorstandes des Paulinervereins

(Leipzig) als nichtstimmberechtigter Berater und Wilhelm von Boddien (Hamburg) als stimmberechtigter Sachjurore mit.

[8] Staatsregierung, Stadt Leipzig und Universität Leipzig